

## **Nr. 18/106 S**

### **Fragestunde**

1. Beendigung des Afrika-Projektes bei der AIDS-/STD-Beratungsstelle im Gesundheitsamt Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2012
2. Finanzierung der Sanierung des Klinikums Bremen Ost  
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2012
3. Veröffentlichung der Standorte von Überwachungskameras  
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 31. Januar 2012
4. Autofreier Sonntag 2012  
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Februar 2012
5. Konzept zur Sanierung des Sportbads Uni  
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Erwin Knäpper, Heiko Strohm, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2012
6. Umkleidekabinen des Sportvereins Weser 08  
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2012
7. Streusalzeinsatz minimieren  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Jan Saffe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2012

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/107 S**

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

## **Nr. 18/108 S**

### **Stand der Angebote zur kulturellen Bildung und Teilhabe in Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 23. November 2011  
(Drucksache 18/57 S)

D a z u

## **Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2012**

(Drucksache 18/89 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/109 S**

### **Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001**

#### **111. Änderung**

##### **– Neustadt (Hanna-Kunath-Straße) –**

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2012

(Drucksache 18/85 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 111. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

## **Nr. 18/110 S**

### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan 79 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Erweiterung des Betriebsgeländes der Firma AES System GmbH an der Hanna-Kunath-Straße in Bremen-Neustadt**

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2012

(Drucksache 18/86 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 79.

## **Nr. 18/111 S**

### **Stadt am Fluss land- und wasserseitig weiterentwickeln**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 25. Januar 2012

(Drucksache 18/88 S)

1. Der Senat wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die land- und wasserseitige Nutzung der Weser im Stadtgebiet Bremen im Zuge der Stadtentwicklung zur weiteren Steigerung der Attraktivität Bremens für Einwohnerinnen und Einwohner, Touristinnen und Touristen und als Wirtschaftsstandort zu optimieren. Dabei soll insbesondere geprüft werden,
  - a) welche zusätzlichen kulturellen und gastronomischen Angebote an der verlängerten Schlachte das Image dieser Flaniermeile und der Überseestadt sowie deren touristische Attraktivität steigern würden,
  - b) wie die Liegeplätze von touristisch, kulturell und gastronomisch genutzten Schiffen unter Beteiligung der Eignerinnen und Eigner/Betreiberinnen und Betreiber attraktiver gestaltet, die Wirkung dieser Schiffe verbessert und Interessenskonflikte mit der Binnenschifffahrt und -kreuzfahrten beseitigt werden können,
  - c) wie insgesamt die Zugänglichkeit und Nutzung der Uferbereiche für die Öffentlichkeit gewährleistet werden, und wie mit Eigentümerinnen und Eigentümern der direkt an der Weser gelegenen Grundstücke Einigkeit über öffentliche Uferzugänge erzielt werden kann,
  - d) wie mit Hilfe von Kunst im öffentlichen Raum, Kulturfestivals und weiteren Veranstaltungen – auch über die City hinaus – zur Wahrnehmung der Weser als zentralen Lebensraum beigetragen werden kann und wie diese entsprechend entwickelt und koordiniert werden können,
  - e) wie die Weser z. B. durch weitere Strände und weitere öffentliche Uferräume stärker als Naturraum erlebbar gemacht werden und ihre Renaturierung z. B. durch weitere Projekte im Rahmen des Konzepts „Lebensader Weser“ intensiviert werden kann,

- f) wo und wie Anlegemöglichkeiten für Sportboote und Kreuzfahrtschiffe erweitert und touristisch vermarktet werden können,
- g) wie die Weser fahrradtouristisch gefördert werden kann,
- h) ob neue regelmäßige Fährverbindungen zwischen Innenstadt, Überseestadt, Waterfront, Woltmershausen und Rablinghausen eingerichtet werden können,
- i) wo und unter welchen Bedingungen sich die Weser und andere innenstadtnahe Gewässer für „Wohnen auf dem Wasser“ eignen,
- j) durch welche weiteren Ideen – auch auf Basis von Benchmarkings mit anderen europäischen Städten an Flüssen – die Weser zur Steigerung der Attraktivität der Bremer City und der Überseestadt für Imagebildung, Freizeit, Kultur, Tourismus und Bewohnerinnen und Bewohner beitragen kann,

und wie daraus folgend insgesamt die Weser in das Tourismuskonzept und das Stadtmarketing Bremen integriert und intensiver kommuniziert werden kann.

2. Der Senat wird gebeten, der Stadtbürgerschaft spätestens fünf Monate nach Beschlussfassung einen Bericht über die Ergebnisse dieser Prüfungen vorzulegen.

## **Nr. 18/112 S**

### **Wahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses**

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Die Stadtbürgerschaft wählt

Frau Tamina K r e y e n h o p

anstelle der Abgeordneten Gabriela Piontkowski zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

## **Nr. 18/113 S**

### **Den Bremer Westen sozial und städtebaulich weiterentwickeln!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 14. Februar 2012

(Drucksache 18/93 S)

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, aufbauend auf dem Leitbild der Stadtentwicklung für die Stadtteile des Bremer Westens ein ressortübergreifendes Handlungskonzept der Senatressorts für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, für Soziales, für Bildung, für Kultur und für Wirtschaft und Arbeit aufzulegen. Ein Instrument zur Umsetzung soll eine einzurichtende Entwicklungsagentur West sein. Bei der Entwicklung des Handlungskonzepts ist das Einbeziehen der lokalen Akteure und Einrichtungen und der Stadtteilpolitik sicherzustellen.
2. Die Stadtbürgerschaft erwartet vom Senat, dass die erprobten und erfolgreichen Beteiligungsprozesse bei der Entwicklung von Projekten, z. B. der Programme „Soziale Stadt“ und „Wohnen in Nachbarschaften“, auf Stadtteil- und Quartiersebene auch für die Arbeit der Entwicklungsagentur West erhalten bleiben und weiterentwickelt werden.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die konkreten ressortübergreifenden Handlungsziele und -inhalte im 1. Halbjahr 2012 den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen und ihre Finanzierung in den Haushalten 2012 und 2013 darzustellen.

## Nr. 18/114 S

### Quartier um die „Discomeile“ am Breitenweg nachhaltig neu entwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 16. Februar 2012

(Neufassung der Drucksache 18/94 S vom 14. Februar 2012)

(Drucksache 18/97 S)

Der Senat wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept „Innenstadtentwicklung“ ein Entwicklungskonzept zur Neugestaltung des Quartiers am Breitenweg vorzulegen, das die auf BeiratsEbene entwickelten Lösungsvorschläge zur Entwicklung des Gebietes einbezieht, die jungen Nutzerinnen und Nutzer an der Konzeptentwicklung beteiligt und folgende Ansätze berücksichtigt:

1. Die bauliche Neugestaltung der öffentlichen Flächen – Gehwege, Straßen, Plätze -, um die Aufenthaltsqualität so zu verändern, dass räumliche Anlässe und Gelegenheiten für Gewalt und noch bestehende Angsträume beseitigt werden und stattdessen Räume für Begegnung (auch tagsüber und werktags) geschaffen werden. Diese Gestaltung sollte die kreative Gestaltung und den Ausbau der öffentlichen Räume für mehr Aufenthaltsqualität und Kommunikationsgelegenheiten beinhalten. Geprüft werden sollte auch die Möglichkeit der Sperrung von Fahrstreifen der Straße Breitenweg auf Höhe der Gastronomiebetriebe in den Nachtstunden, um so Fläche zu gewinnen und Fußgängerströme zu entzerren.
2. Die Entwicklung eines Licht-Konzepts für das Quartier, das das „Schmuddelimage“ der alten „Discomeile“ beseitigt, positive Party-Stimmung schafft und so auch gewaltpräventiv wirkt.
3. Die Weiterentwicklung des Sicherheitskonzepts als Teil des neuen Gesamtkonzepts, wobei auch geprüft werden soll, inwieweit die bestehende Waffenverbotszone um eine (temporär begrenzte) Flaschenverbotszone erweitert werden kann.
4. Die Einbeziehung der Streetworker – Pro Meile – als integraler Bestandteil des neuen Konzepts „Discomeile“ und die Einbeziehung ihrer Erfahrung bei der Entwicklung des Konzepts. Hierbei sollte auch geprüft werden, inwieweit niedrigschwellige Beratungsangebote zur Alkohol-, Drogen- und Gewaltprävention sowie Angebote der Jugendkultur, -beteiligung und -beratung zu integrieren sind.
5. Die Überprüfung des bestehenden Gastronomieangebots, mit der damit verbundenen Prüfung, wie Geschäftsmodelle begrenzt oder unterbunden werden können, die mit verantwortungslosen und gesundheitsgefährdendem Alkoholverkauf an jugendliche Besucher ihr Geschäft machen.
6. Betreiber und Vermieter in die Verantwortung für die Neugestaltung zu nehmen. Im Rahmen der Konzeptentwicklung sollen die Betreiber der anliegenden Clubs und Gastronomiebetriebe für die Entwicklung des neuen Ausgehquartiers mit in die Verantwortung genommen werden, auch in finanzieller Hinsicht – und sie sollen sich aktiv an einem Neustart beteiligen. Die Vermieter in dem Quartier müssen an der Stabilisierung der Wohnqualität beteiligt werden, hierbei sollen kreative Zwischennutzungen die Leerstände ersetzen und anstelle von „Modellwohnungen“ urbaner Wohnraum für junge Menschen entstehen.
7. Elemente und Unternehmungen der Jugendkultur in die Gestaltung und Nutzung des Quartiers einzubeziehen. Beispielsweise könnten von jungen Erwachsenen selbst- oder mitverwaltete und -betriebene Kommunikations-, Kultur-, Sport- und Gastronomie-Unternehmungen die Identifikation mit dem Quartier und eine positive Aneignung der öffentlichen Räume stärken. Auch eine aktive Beteiligung an Sicherheitskonzepten könnte in diesem Sinne deren nachhaltige Wirksamkeit und Akzeptanz sichern.
8. Der Senat wird gebeten, die Prüfungen mit dem Beirat Mitte abzustimmen, und der Stadtbürgerschaft bis Ende 2012 über die Ergebnisse der Prüfungen zu berichten.

## **Nr. 18/115 S**

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6 vom 15. Februar 2012**

(Drucksache 18/95 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

## **Nr. 18/116 S**

### **Änderung der Aufgaben des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU  
vom 21. Februar 2012

(Drucksache 18/99 S)

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Die Stadtbürgerschaft überträgt dem Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Artikel 105 Absatz 3 der Landesverfassung die Aufgaben nach Artikel 101 Absatz 1 Nrn. 3, 4, 6 und 7 der Landesverfassung.

Geschäfte mit einem Gegenstandswert unterhalb 200 000 € werden als Geschäfte der laufenden Verwaltung im Sinne von Artikel 101 Absatz 1 Nrn. 6 und 7 der Landesverfassung angesehen.

2. Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen, der Eigenbetriebe und sonstiger Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremen wahr.

Die Stadtbürgerschaft überträgt dem Haushalts- und Finanzausschuss die Aufgaben der Bürgerschaft nach §§ 17 Absatz 3 Satz 2, 18 Absatz 3, 20 Absatz 1 und 6, 25 Absatz 1 sowie 36 Absatz 5 des Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG).

Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Aufgaben als Sondervermögensausschuss nach dem Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik der Stadtgemeinde Bremen (BremSVITOG) wahr.

3. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat zudem die Aufgabe, das Personalmanagement und die Reform der Verwaltung des Landes parlamentarisch zu behandeln und zu kontrollieren.

Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, ständige oder nichtständige Unterausschüsse zu errichten und diesen durch Beschluss Aufgaben zu übertragen. Der Haushalts- und Finanzausschuss berichtet der Stadtbürgerschaft über die Errichtung und über die den Unterausschüssen übertragenen Aufgaben. Die Unterausschüsse berichten regelmäßig dem Haushalts- und Finanzausschuss über ihre Tätigkeit.

## **Nr. 18/117 S**

### **Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

Konzept zur Kindertagesbetreuung endlich vorlegen

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 16. Februar 2012  
(Drucksachen 18/96 S)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 20. Februar 2012  
(Drucksache 18/98 S)





